

KIRCHE, STAAT UND PAPSTBESUCH

Die konservativen Kreise Österreichs werden uns im Herbst das große Medienspektakel "Wojtyla Superstar besucht auch die Alpenrepublik" frei Haus liefern. Die österreichischen Medien sind schon jetzt vom Sog dieses "Großereignisses" erfaßt. Kein Tag ohne Papstbild, kein Tag ohne Papst-Story. Mit Wojtylas Auftritt sollen die Widersprüche in und außerhalb der Kirche verdeckelt werden. Diskussionen über die politische Rolle des Vatikan stehen weder im Protokoll der Zeremonie noch auf dem Programm des Katholikentages. Nicht diskutiert werden darf über innerkirchliche Probleme und Reformbewegungen, die Politik der Kirche in Lateinamerika, Afrika und der 3. Welt, das Verhältnis der Kirche zur Frauenbewegung, zur Aufrüstung

und zur Friedensbewegung. Gegen die Intentionen der Basis liefert der Vatikan und Teile der Amtskirche Schützenhilfe für eine konservative (auch reaktionäre) Sammelbewegung in Europa und der 3. Welt.

Trotz des auf allen Bildschirmen gegenwärtigen "Wojtyla Superstar" sind fortschrittliche Bewegungen gegen konservative Positionen der Kirchenhierarchie erfolgreich gewesen (Friedensappell der amerikanischen Bischöfe, Theologie der Befreiung in der 3. Welt, usw.). Auf der Woge einer erhofften Papstbegeisterung soll auch in Österreich der kritische Teil der Kirche und andere "Abweichler" entweder totgeschwiegen oder mundtot gemacht werden.

Es liegt an uns, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, wo

alle mit der Kirche und der Politik des Vatikan zusammenhängenden Probleme offen diskutiert und dargestellt werden können.

do, 23.6.: WERNER SAUER
 ÜBER DIE KATHOLISCHE
 KIRCHE IN ÖSTERREICH,
 im Club links, Prankergasse 37

Zweck der Veranstaltung ist es, den Sonderstatus der Kirche unter allen Organisationen in Österreich (sieht man von wenigen anderen, allerdings relativ einflußlosen Religionsgemeinschaften ab) sowie ihren politischen Einfluß im Umriß zu diskutieren und Überlegungen für sinnvolle Aktivitäten zum Papstbesuch anzustellen.

AUFRUF

Zur Friedensdemonstration am
 22. Oktober

Am 15. Mai vergangenen Jahres demonstrierten 70 000 Menschen in Wien unter dem Motto: "Den Atomkrieg verhindern - abrüsten!" Seither wurde die Rüstungssituation nicht besser, sondern eher schlechter. Daher sind die Forderungen der Plattform vom 15. Mai nach wie vor aktuell und bilden weiterhin die Grundlage der österreichischen Friedensbewegung.

Wir fordern ein sofortiges, weltweites Einfrieren und eine Verminderung der atomaren Arsenale.

Diese Forderung wird am 22. Oktober weltweit in Kundgebungen erhoben. Auch wir schließen uns dieser Forderung an und rufen auf der Grundlage der Plattform zum Friedensmarsch am 22. Oktober in Wien auf.

Im Hinblick auf die Dringlichkeit der Situation und parallel zum Linzer Appell fordern wir:

FRIEDENSDEMOKRATIE FRIEDENSDEMOKRATIE FRIEDENSDEMOKRATIE FRIEDENSDEMOKRATIE

O Nein zur Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles.

O Abbau aller bereits bestehenden automaten Mittelstreckenwaffen in Europa (SS 4, SS 5, SS 20, Polaris, Poseidon, der französischen und britischen Systeme und der atomwaffentragenden Luftflotten).

O Verzicht aller Nuklearmächte auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen.

O Vernichtung aller atomaren, chemischen, bakteriologischen und konventionellen Massenvernichtungswaffen in der Welt.

O Klare Stellungnahme der österreichischen Bundesregierung zu diesen Forderungen.

Grundlegende Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in Achtung sind das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die von der UNO deklarierten

Menschenrechte. Einen Beitrag zur Erreichung dieser Forderungen sehen wir darin, bestehende Feindbilder, insbesondere zwischen Ost und West, abzubauen.

Bezüglich der Situation in Österreich setzen wir uns weiterhin ein für die Umstellung der Rüstungsproduktion auf Produktion ziviler Güter, das Verbot österreichischer Rüstungsexporte an Staaten, die die Menschenrechte verletzen, gegen jede Aufrüstung des österreichischen Bundesheeres sowie für den Aus- und Aufbau sozialer Verteidigungsformen. Als besonders dringlich erachten wir die Verhinderung des Projektes "Soldaten auf Zeit", des Ankaufs von Abfangjägern und der Einbindung des Zivildienstes in die umfassende Landesverteidigung.

Beschlossen am 30. April in Klagenfurt, vom Plenum der österreichischen Friedensbewegung.